

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Paul Haase
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Der Bogen zum Brechen gespannt

P. H. Seit Deutschland mit dem § 48 und den Notverordnungen regiert wird, werden als demokratische Eigenblätter beratende Körperschaften gebildet. Eine Glanznummer war der nunmehr selig entschlafene Wirtschaftsbeirat, der von dem Reichspräsidenten berufen wurde, um „ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen“. Das Ziel dieses Programms sollte sein, die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen. Dieser Wirtschaftsbeirat bestand aus 20 Vertretern des Handels und Handwerks, der Industrie und Landwirtschaft, dem 6 Vertreter der Arbeiter und Angestellten gegenüberstanden. Eine Parität war also nicht vorhanden, war schließlich auch nicht notwendig, denn es sollten nicht Abstimmungen vorgenommen und Beschlüsse gefaßt werden, sondern die Vertretungen aller volkswirtschaftlich wichtigen Körperschaften sollten durch fachmännische Urteile die Regierung im Hinblick auf die zu erlassende neue Notverordnung beraten. Unter diesen Gesichtspunkten haben die Vertreter der freigewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten mitgearbeitet, um die Rechte der arbeitenden Klasse zu vertreten.

Dieser Wirtschaftsbeirat hat am 21. November ein unrühmliches Ende genommen. Die Vertreter der Landwirtschaft waren davongelaufen, weil ihnen nicht großartige Zinsnachlässe für die Großlandwirtschaft zugesichert worden waren. Zuletzt nahmen auch die Vertreter der Angestelltenschaft an den Beratungen nicht mehr teil. Die Vertreter der Arbeiterschaft sind größtenteils enttäuscht worden: Sie haben bis zuletzt mitgewirkt, um die Staatsvertreter und die einflussreichen Kreise der Volkswirtschaft von dem Wahnsinn weiterer Lohn- und Gehaltskürzungen zu überzeugen. Als Vertreter der freien Gewerkschaften hat Peter Graßmann teilgenommen und am Schluß durch eine Erklärung die Meinung der deutschen Gewerkschafter über die sozial ungerechten und wirtschaftlich schädlichen Vorschläge der Mehrheit des Wirtschaftsbeirates zum Ausdruck gebracht. Dessenungeachtet sprach der Reichskanzler Brüning in der Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates in seiner programmatischen Zusammenfassung fortgesetzt von „Entscheidungen, Beschlüssen und Zustimmung zu Regierungsvorschlägen“. Zur Stunde ist die angekündigte Notverordnung noch nicht heraus. Nach den Vorgängen im Wirtschaftsbeirat zu urteilen, wird sie gewaltsame Eingriffe in das Tarifrecht und weitere Einkommensminderungen bringen. Der volkswirtschaftliche Wahnsinn, der naturgemäß zu weiteren Zerstörungen der Kaufkraft führt und dadurch den Umfang der Arbeitslosigkeit immer mehr anschwellen läßt, wird unentwegt fortgesetzt werden. Es ist jedem volkswirtschaftlich Denkenden klar, daß die untere Grenze der Schrumpfung der Löhne und Gehälter erreicht ist. Die Arbeiterschaft erwartete eine Minderung der Arbeitslosigkeit durch Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, durch Verkürzung der Arbeitszeit und einem energischen Eingreifen in die volkswirtschaftlich untragbare Trust- und Monopolpreisgestaltung. Im Wirtschaftsbeirat war versprochen: Herunter mit den Preisen! Daß hier eine Hauptursache des volkswirtschaftlichen Elends liegt, geht aus der unbestreitbaren Tatsache hervor, daß die erzeugende Landwirtschaft für ihre Produkte heute Preise bekommt, die weit unter den Vorkriegspreisen liegen. Der Landwirtschaft können keine weiteren Opfer zugemutet werden. Ein Landwirt muß heute das Rind im Lebendgewicht für 20 Pf. das Pfund hergeben, während er selbst das Pfund Rindfleisch für seinen eigenen Gebrauch für über 1 M wieder erstehen muß. Hier liegt eine Fehlerquelle offen zutage: Die Verfasser der Notverordnungen sehen sie nicht, sondern erwarten das Heil von weiteren Lohnquetschereien. Ein entschiedenes Eingreifen der Regierung zur Verminderung der ungesunden Preisspanne ist unbedingt erforderlich. Was der Reichskanzler in dieser Richtung in seinem Exposé verkündet hat, ist vollständig belanglos für die Gestaltung der Dinge auf dem Lebensmittelmarkt. Eine Senkung der Lebenshaltungskosten und dadurch eine Stärkung der Kaufkraft des Arbeitslohnes ist keinesfalls zu erwarten.

Der Bogen ist zum Brechen gespannt. Die Verelendung der Arbeitermassen hat schon Fortschritte gemacht, die den Glauben an einen Ausweg aus dem Elend gar nicht mehr aufkommen lassen. Die lärmend angekündigten Preisverbilligungen auf verschiedenen Gebieten fallen überhaupt nicht mehr ins Gewicht, denn der Erwerbslose, der Ausgesteuerte und selbst der in Arbeit Stehende hat kaum noch die Mittel, um das nackte Leben zu fristen. Ihnen bleibt es tatsächlich gleichgültig, ob ein Anzug von 80 auf 65 M heruntersetzt wird, und selbst wenn er für 40 M angeboten würde, er kann ihn doch nicht mehr erwerben. Die Regierung hat wieder eine Gelegenheit, wirtschaftsrettende Maßnahmen durchzusetzen, vollständig ungenutzt vorbeigehen lassen. Sie hat sich dem Verlangen der deutschen Wirtschafts-

führer, die Krise von der Lohnseite her zu überwinden, vollständig untergeordnet. Sollten nun noch Eingriffe in die Grundrechte der Arbeiterklasse erfolgen, dann wäre dies eine Provokation der lohnarbeitenden Menschheit gleichzusetzen. Die Regierung ist gewarnt.

Das wirtschaftliche Elend hat viele Menschen zermürbt. Entmutigt treiben sie in eine Verzweiflung hinein, die sie in vollständige Gleichgültigkeit versinken läßt. Hier ist unsere Aufgabe, die Mutlosen und Verzagten aufzurichten! Verliert das Proletariat den Glauben an seine eigene Kraft, dann hat der Gegner das Recht, zu triumphieren. Gewiß, die politische Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse hat ihre Kampfkraft ungemein geschwächt. Kräfte, die in zermürbendem Bruderkampf vergeudet, sind für den Klassenkampf verloren. Das wirkt im Arbeiterlager entmutigend und macht der Reaktion Mut. Die Bereitschaft zum Kampf muß unter den Arbeitermassen, wo sie verlorengegangen ist, wieder geschaffen und, wo sie noch vorhanden, gesteigert werden. Das Ringen um den Arbeitsplatz, das eine bittere Begleiterscheinung der Krise von je gewesen, hemmt die Kampfhandlungen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ruft zu machtvollen Kundgebungen im ganzen Deutschen Reiche auf; die Arbeitermassen werden aufgeboten, um die Regierung zu warnen, diesen verhängnisvollen arbeiterfeindlichen Kurs weiter zu steuern. Es gibt eine Grenze, die die Verzweiflungsumstimmung umspringen läßt in die verzweifelte Rebellion. Uns dünkt, wir stehen sehr nahe an dieser Grenze. Der Arbeiterschaft wird es gelingen, die Irregeleiteten aus der falschen Front, aus der Bevormundung der hitlerianischen Volksverführer zu lösen und ihnen klarzumachen, daß sie in dieser Front nur der brutalsten Arbeiterunterdrückung dienen. Nach der „Nacht der langen Messer“ wird die Menschheit vielleicht den Verlust manch wertvollen Menschenlebens zu beklagen haben, aber die armen Teufel, die dem Faschismus als Prätorianergarde gedient, werden in ein weit anderes Leben hineinsteuern, als es ihnen heute die Republik trotz Weltkrise und kapitalistischer Anarchie zu bieten vermag. Schluß gemacht mit der Uneinigkeit und der Arbeiterverhetzung und alle Kräfte für den Aufstieg der Arbeiterklasse mobilisiert.

Tagung des Bundesausschusses des ADGB

Die letzten Vorgänge in der Wirtschaft und in der Reichspolitik, besonders der unrühmliche Ausgang des Wirtschaftsbeirates veranlaßte den Vorstand des ADGB, am 25. November 1931 den Bundesausschuß nach Berlin zu berufen, um Stellung zu nehmen zu den Erklärungen des Reichskanzlers und eine klare Antwort der Gewerkschafter zu erteilen.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war der Bericht von Peter Graßmann über die

Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates.

Er führte aus:

Die Leitsätze, die der Reichskanzler in der Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates vortrug, sind in keinem Sinne Beschlüsse des Wirtschaftsbeirates, sondern Folgerungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates gezogen hat. Die Vertreter der Gewerkschaften denken nicht daran, ihre Unterschrift unter diese Leitsätze zu setzen. Der Bericht gab über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates ein anschauliches Bild von den unvereinbaren sachlichen Gegensätzen, die im Laufe der Beratungen klar zutage traten. Während sich z. B. der Mittelstand (Handwerk und Kleinhandel) im eigenen wohlverstandenen Interesse gegen weitere Lohnsenkungen wandten, bekannte sich die Industrie, unter dem ständigen Hinweis auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten, mit größter Entschiedenheit zu einer weiteren Senkung der Löhne und Gehälter. Die Lohnsenkung sei um so eher zu vertreten, als eine Vorkriegszeit der Preise bereits erfolgt sei; schon seit geraumer Zeit sei ein Absinken der Preise festzustellen. Die Löhne seien überdies in den meisten Konkurrenzländern niedriger als in Deutschland. In den Ländern, die bisher günstiger gestellt gewesen seien, sei aber durch die Abkehr von der Goldwährung ein Sinken der Löhne zu erwarten. Die Tarife müßten so gestaltet werden, daß sie regional, branchenmäßig oder betrieblich den Erfordernissen der Wirtschaft leichter angepaßt werden könnten. Unvermeidlich sei auch ein Verzicht auf den staatlichen Schlichtungszwang.

Gegenüber dieser Auffassung, die von Seiten der Arbeitgeber nicht erst seit gestern vertreten wird, haben die Vertreter der Arbeiter und Angestellten entschieden und im großen und ganzen durchaus einheitlich die Auffassung der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht daran glauben, daß in den Kreisen der Arbeitgeber eine Bereitschaft vorhanden sei, frei vereinbarte Tarifverträge abzuschließen. In einer wirtschaftlichen Notzeit wie der jetzigen muß der Staat, wenn anders er seine soziale Aufgabe erfüllen will, verhindern, daß die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch unerträglicher werden, als sie es jetzt schon für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten sind. Es komme auf den Reallohn an. Da die Preissenkung aber durch den Lohnabbau mehr als ausgeglichen sei,

könne man schon für die vollbeschäftigten Arbeitnehmer von einem Sinken des Reallohnes sprechen. Erst recht gelte das für die Kurzarbeiter. Diese Schwächung der Kaufkraft hat die Lage des Binnenmarktes hoffnungslos verschlechtert. Der Binnenmarkt ist aber ungleich wichtiger als der Auslandsmarkt, so wichtig die Ausfuhr auch ist. Nichts sei in den letzten Jahren gegen die unerträglichen Preisspannen geschehen. Gegen ausländische Schutzzölle ist die Lohnsenkung eine ganz ungeeignete Abwehrwaffe.

Eggert ergänzte den Bericht Graßmanns und führte aus: Zum Verständnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat muß die gesamte wirtschafts-, finanz- und reparationspolitische Situation Deutschlands berücksichtigt werden. 25 an der Weltwirtschaft beteiligte Länder haben ihre Währung vom Golde losgelöst. Der Zusammenbruch des englischen Pfundes bedeutet eine verschleierte Lohnsenkung für die englische Arbeiterschaft. Wenn die englische Inflation nicht weiter fortgeschritten ist, so liegt es daran, daß England in größerem Umfange Ansprüche gegenüber dem Ausland hat als Schuldverpflichtungen. Deutschland dagegen hat nur Goldschulden an die Welt in Höhe von etwa 28 Milliarden und so gut wie keine Ansprüche. Die Frage steht daher so, ob Deutschland den Weg der Inflation gehen kann oder nicht. Luther hat sich gegen den Gedanken einer neuen Inflation gewandt. Es würde sofort ein Run auf die Banken einsetzen.

Die Regierung schätzt den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt auf 70 vH. Nicht nur in der Konsumindustrie, auch in der Produktionsindustrie mangle es an Absatz. Demgegenüber wurde von den Gewerkschaftsvertretern auf die deutsche Ausfuhr verwiesen, die weder mengen- noch wertmäßig einen nennenswerten Rückgang aufweise. Auf diesen Einwand wurde geantwortet, das treffe nur für die Zeit vor dem Pfundsturz zu.

Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes. Es kommt darauf an, die übersetzten Handelsspannen zu verringern, da die Landwirtschaft nur auf wenigen Gebieten eine Preissenkung vornehmen kann. Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat verschoben. Es stand nicht mehr zur Aussprache, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten. Gegenüber dieser neuen Fragestellung erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß eine Verhandlung darüber für sie überhaupt nicht in Frage komme. Die neue Fragestellung wurde dann dahin präzisiert, daß man entweder bei der Festsetzung der Löhne auf den Stand des Lohnes eines früheren Jahres, etwa 1927, zurückgehen oder eine prozentuale Lohnsenkung vornehmen, oder die Parteien zu neuen Tarifverhandlungen bringen müsse, und, wenn keine Verständigung erzielt werde, vor dem Schlichter die Entscheidung herbeiführen müsse. Diese Debatte wurde von den Gewerkschaftsvertretern mit der Erklärung abgebrochen, daß sie keine bindenden Abmachungen über die Lohnbedingungen treffen könnten, das sei Aufgabe der Verbände.

Die Aussprache wurde von Loipart eröffnet, der darauf hinwies, daß der Bundesvorstand sich nur unter schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates entschlossen habe. Der Reichswirtschaftsrat sei übergangen worden, obwohl er für diese Aufgabe zuständig gewesen wäre. Die unparitätische Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirates aber zeige schon die einseitige Einstellung der Reichsregierung.

Die Aussprache wurde eingeleitet durch einen kurzen Bericht eines Mitgliedes des Vorstandes der Reichstagsfraktion über die Verhandlungen des Fraktionsvorstandes mit Brüning. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Vertreter des Bundesvorstandes den Standpunkt der Gewerkschaften mit Entschiedenheit vertreten haben. Die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat haben über Haltung und Absicht der Arbeitgeber nichts Neues gelehrt. Die Arbeitgeber wollen zurück auf die Lohnhöhe von 1927 und womöglich auf einen noch niedrigeren Stand des Lohnes. Die Gewerkschaften haben sich aber nicht nur gegen die Haltung der Arbeitgeber zu wenden, sondern mit gleicher Schärfe gegen die Reichsregierung. Die Regierung hält sich nicht an die feierlichen Versicherungen, die ihre Vertreter bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben haben. Die Gewerkschaften aller Richtungen müssen dieser zweideutigen Haltung der Regierung ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

In diesem Zusammenhang wurde von verschiedenen Verbänden darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Teilstreiks, die unter gewerkschaftlicher Führung in der letzten Zeit durchgeführt worden sind, deutlich zeigen, daß die Gewerkschaften keineswegs gesonnen sind, auch unter den gegenwärtigen Umständen auf das letzte Kampfmittel zu verzichten. Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates sind eine einseitige Wiedergabe der Ansichten der Unternehmer. Diese Ansichten hat die Regierung sich zu eigen gemacht. Eine Senkung der überhöhten Preise muß ohne Lohnsenkung durchgeführt werden. Die wirtschaftspolitische These der Regierung lautet: „Ein armes Land muß billig sein.“ Diesen Weg, den Weg der Deflation, können die Gewerkschaften nicht mitgehen, denn er ist verhängnisvoll. Er bedeutet die Aufwertung aller Schuldverpflichtungen. Eine solche Erhöhung aller Unkosten wird schließlich auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Deflation bedeutet ferner, daß Deutschland dem Inflationsdumping des Auslandes das Löhdumping entgegengesetzt. Das aber heißt wieder alle Lasten auf die Arbeiter abwälzen. Das Ausland sperrt sich durch Zölle mehr und mehr ab. Das muß bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik der Arbeiterbewegung beachtet werden.

Die Handhabung der Verbindlichkeitsklärung, die heute üblich ist, läuft darauf hinaus, die Gewerkschaften in den Fällen zu binden, in denen sie stark genug wären, einen Angriff auf den

Aus dem Inhalt

Der Bogen zum Brechen gespannt	343
Wie wird die Wirtschaft gesund? — Bilanz des Klöckner-Konzerns — Zwischen Sechs- und Siebenstundentag	344
Vonder Arbeiterwohlfahrt — Das Leben der Marie Szamejot	345
Gegen das große Ubel — Brandenburger Bezirkskonferenz	346
Auf Montage in Rußland — Ein Tag im Arbeitsamt	347
Schriftschau — Anzeigen	348

Wie wird die Wirtschaft gesund?

Lohn abzuwehren. In allen anderen Fällen aber führt sie zur Preisgabe der Tarifverträge.

Gegen das im Reichsarbeitsministerium herrschende Bestreben, auf dem Verwaltungswege in geltende Tarifverträge einzugreifen, wendet sich der Bundesausschuß mit größter Entschiedenheit.

Unter keinen Umständen darf sich die Regierung dazu übergeben, den Unternehmern zu einem Vorgehen gegen bestehende Verträge den Weg zu ebnen.

Das Ergebnis der Aussprache fand in folgender einstimmig angenommenen Entschließung seinen Niederschlag:

Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preissenkung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preisauftrieb durch Hochschutzzölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preissenkung durch währungs- politische Mittel oder zwangswise Lohnabbau. Der rückwärtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Krisenelend geführt, ebenso das dauernde Gerede von der weiter notwendigen Preissenkung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohndumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt vergrößert wird.

Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht sind. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuß erhebt deswegen entschiedensten Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen.

Annahme fand auch eine Entschließung gegen die geplante Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien. Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter lenkt die Aufmerksamkeit auf den Angriff der Reaktion auf die wichtigste soziale Errungenschaft der Bäckerarbeiter. Aufhebung des Nachtbrotverbotes kann keine Brotverbilligung bringen.

In einer besonderen Aussprache wurden die politischen Folgerungen besprochen, die sich ergeben können, wenn die Regierung fortfährt, die Lasten ganz einseitig auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Es kam zum Ausdruck, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern scheint, in dem die Haltung der Arbeiterbewegung nur noch bestimmt sein kann von dem Bestreben, das bisher unerschütterte Vertrauen ihrer Gefolgschaft sich auch ferner zu erhalten. — Über die Lage der

Sozialversicherung in der Krise

sprach Kollege Welker. Auch hier Abbau sozialer Rechte und Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Über die Pläne der Reichsregierung in der Sozialversicherung bestehe noch keine volle Klarheit. Eine Änderung in der Krankenversicherung und Angestelltenversicherung sei — nach den bisher vorliegenden Informationen — nicht zu erwarten. Dagegen plane man dem Anschein nach eine „Reinigung“ in den Leistungen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung. Außer dem Leistungsabbau sei eine organisatorische Reform in Vorbereitung. Bei der Unfallversicherung solle der Leistungsabbau anscheinend in der Beseitigung der kleineren Renten bestehen. Die Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung seien äußerst schwierig. Bei normaler Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben wäre 1935 eine Sanierung der Invalidenversicherung notwendig geworden. 1930 sei jedoch in der Beitragsentnahme ein Ausfall in Höhe eines Drittels der Rentenleistungen eingetreten. Dazu seien andere Einnahmeverluste gekommen. Dennoch bietet die Vermögenslage der Invalidenversicherung keinen Anlaß, eine Sanierung überstürzt vorzunehmen. In den Kreisen der Bürokratie sei jedoch das Bestreben vorhanden, die Sanierung jetzt auf dem Wege der Rentenkürzung durchzusetzen. Die gegenwärtige Zeit erscheine diesen Kreisen günstig für eine Verschlechterung der Leistungen. Die Gewerkschaften können dazu nicht stillschweigen. Sie müssen verlangen, daß die Sanierung auf dem Wege der Rentenkürzung in dieser schwierigen Zeit unterbleibt. Die Not der Ärmsten des Volkes dürfe keine neue, durch nichts gerechtfertigte Verschärfung erfahren.

In folgender

Entschließung zur Sozialpolitik

warder Wille des Bundesausschusses niedergelegt:

Der Bundesausschuß weist erneut auf die schwierige Lage der Invaliden- und Unfallversicherung hin, deren finanzielle Grundlagen teils infolge der durch die Arbeitsmarktkrise verursachten Einnahmeverluste, teils durch den Ausfall der zugesicherten Reichszuschüsse erschüttert sind. Insbesondere die Invalidenversicherung ist durch das Ausbleiben der in der lex Brüning zugesagten Mittel, durch die Zahlung der Reichszuschüsse in zur Zeit unverhältnismäßig hohen Summen und durch festgefrorene Kredite an Reich, Länder und Gemeindegewerkschaften in ihrer Leistungsfähigkeit auf das stärkste beeinträchtigt. Es wäre ein gewaltiges Unrecht an der Arbeiterschaft, wollte man diese Notlage, die die Versicherungsträger unverschuldet trifft, dazu ausnutzen, den Wünschen der Unternehmer nachzugeben und die heute schon völlig unzulänglichen Versicherungsleistungen abzuhauen. Der Staat, der für die Sanierung privater Untersuchungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren. Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeindegewerkschaften ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsorganen erfüllen.

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Verheißung erachtet sich der Bundesausschuß für notwendig. Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung unter der Kontrolle der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Dagegen wandt der Bundesausschuß dringendst davor, einen Leistungsabbau etwa auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen. Eine solche wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft getroffene Maßnahme müßte dem einstimmigen Widerstand der Gewerkschaften begegnen.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und Neuvahlen wurde die 2. Bundesausschußsitzung geschlossen.

Lohnkürzung und immer neue Lohnkürzung heißt das einzige Mittel, womit das Bürgertum und seine Regierung die total verfallene Wirtschaft aus dem Dreck zu ziehen sucht. Das geht nun so schon mindestens zwei Jahre lang und ungeheure Summen sind dadurch den Arbeitern und Angestellten bereits entzogen worden. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald bezifferte in seiner Rede vor dem Ausschuß der Zentrumsparlei Anfang November die Summe, um die die Löhne im letzten Jahr gekürzt worden sind, auf 2 Milliarden Mark! Woher er die Zahl hat, sagte er nicht. Vermutlich hat er, da das Gesamteinkommen des deutschen Proletariats auf 40 Milliarden jährlich geschätzt wurde, einfach eine Lohnkürzung von 5 vH angenommen. Jeder von uns weiß, daß der wirkliche Lohnverlust größer ist; denn erstens waren die Abzüge höher als 5 vH — fing es doch vor einem Jahr bei den Berliner Metallarbeitern gleich mit 6 vH an, und wieviel ist nicht inzwischen hinzugekommen! —, und zweitens sind die Ausfälle durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Senkung der Sozialleistungen usw. hinzuzurechnen.

Aber gut. Bleiben wir bei 2 Milliarden. Dann ist dies also die Summe, durch deren Einbehaltung Unternehmertum und Regierung die Wirtschaft behaupten retten zu können. Oft und oft haben wir schon gefragt, warum man dann nicht bei den Großverdienern anfängt, bei den Fürsten, die unser Geld fürs Nichtstun bekommen, bei den Pensionären, die Zehntausende und Hunderttausende jährlich einstecken, weil sie früher einmal — und sei es unter dem Kaiserreich — irgendein Amt bekleidet haben; endlich bei den sogenannten „leitenden“ Beamten, den Herren Direktoren und Generaldirektoren, die immer noch mit Hunderttausenden von Mark besoldet werden, obwohl sich täglich mehr die Fälle häufen, wie Favag, Schultheiß, Bank für Grundbesitz usw., die ihre „Arbeit“ und ihre wirklichen „Verdienste“ ins Licht stellen.

Darauf bekommt man, neben allerhand Flausen, wie Verfassungsbruch und dergleichen, auch einen sachlichen Grund zu hören. Der lautet etwa so: Was kommt denn darauf an? Gewiß, es klingt aufreizend, daß so ein Generaldirektor seine 400 000 M im Jahre hat oder, wie Jakob Goldschmidt, gar 1—2 Millionen. Aber wie viele solcher Generaldirektoren gibt es schon? Doch nur ein paar Dutzend. Nehmt jedem von ihnen eine halbe Million jährlich weg, dann bekommt ihr eine Handvoll Millionen, 10 oder 20 oder vielleicht 50. Die machen den Kohl auch nicht fett. Darum braucht man sich nicht erst mies zu machen. Dagegen gibt es 22 Millionen Proleten in Deutschland; wenn da jeder nur 1 M wöchentlich hergibt, sind das 50 M im Jahr, das macht eine Ersparnis von 1100 Millionen M aus. Es hilft einmal nichts, die Masse muß es bringen.

Das klingt ganz vernünftig. Nur leider, es stimmt nicht! Laut Ausweis des neuesten Statistischen Jahrbuchs gab es am 31. Dezember 1930 in Deutschland 10 970 Aktiengesellschaften mit insgesamt 24,2 Milliarden

Mark Aktienkapital. Freilich sind sie von sehr verschiedener Größe. Es gibt Gesellschaften mit 5000 M Aktienkapital, und es gibt andere mit mehr als 100 Millionen. Die Vereinigten Stahlwerke haben 800 Millionen Aktienkapital und daneben noch 500 Millionen unter einer anderen Bezeichnung. Aber setzen wir die kleinsten Bedingungen. Mindestens einen Direktor hat ja jede Gesellschaft, und weniger als 12 000 M wird keiner beziehen, jedenfalls nicht im Durchschnitt. Nehmen wir also an, daß die kleinen Gesellschaften, bis zu einer halben Million Aktienkapital, nur je einen Direktor haben, die größeren zwei und drei, die ganz großen mit etwa 10 Millionen M Kapital mögen fünf Direktoren haben und die Riesengesellschaften je zehn. Ein Blick in die oft veröffentlichten Listen zeigt, daß diese Annahme hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Ferner wollen wir annehmen, daß die kleinen Gesellschaften ihren Direktoren nur je 12 bis 50 000 M Jahresgehalt zahlen, die größeren 80 000, 100 000 M usw., und das größte Gehalt soll 300 000 M betragen. Auch dies ist, wie man weiß, eine bescheidene Annahme. Der Generaldirektor von Siemens bekommt 800 000 M, und andere kriegen noch mehr.

Wohlan, unter dieser bescheidenen Annahme, die wir wiederholen es — von der Wahrheit übertroffen wird, erreichen die Gehälter sämtlicher Direktoren alle knapp 11 000 deutschen Aktiengesellschaften das niedliche Sümmchen von

2160 Millionen Mark jährlich.

Gerade soviel, wie man den deutschen Arbeitern im letzten Jahr abgeknappst hat, um die Wirtschaft zu „sanieren“.

Gewiß kann man uns entgegenhalten, daß unsere Annahmen willkürlich sind. Aber wem die Summe übertrieben erscheint, der mag daran denken, daß erstens das Gehalt nicht die gesamten Bezüge der Direktoren umfaßt; sie haben in der Regel daneben noch Tantiemen Provisionen usw.; daß zweitens es außer den Aktiengesellschaften noch viele andere großkapitalistische Unternehmen gibt, die unter der Form von Genossenschaften, Kommandit-Gesellschaften, Privatfirmen usw. betrieben werden, und daß endlich drittens hier von den Aufsichtsratsstantien und vielem andern noch gar keine Rede ist. Alles in allem kommen also sicherlich nicht nur 2 Milliarden, sondern viel größere Beträge heraus, die das Kapital alljährlich einer ganz kleinen Anzahl Nutznießer zuwirft. Unsere Rechnung ergibt im Gesamtdurchschnitt nur zwei Direktoren auf jede Gesellschaft und nur 100 000 M Gehalt auf jeden Direktor.

Hier wären Quellen genug, die die Wirtschaft durch Einsparungen zu „sanieren“. Aber darum, trotz aller Geredes, handelt es sich eben in Wahrheit gar nicht. Nicht gesund, sondern „rentabel“ soll die Wirtschaft gemacht werden, und das bedeutet, sie soll den Nutznießern des Kapitals — zu denen die Direktoren gehören — mehr und immer mehr abwerfen. T b y k u s

Bilanz des Klöckner-Konzerns

Der Klöckner-Konzern, einer der größten deutschen Kohlen- und Eisenunternehmen, teilt als erster der großen Montangesellschaften die Abschlußzahlen für das Jahr 1930/31 mit. Das Geschäftsjahr schließt Ende Juni 1931 ab, erfaßt also ein volles Krisenjahr.

Die sozialen Lasten erreichten bei Klöckner im Jahre 1928 mit 7,9 Millionen M ihren Höhepunkt. Sie gingen bis Juni 1930 auf 7,3 Millionen M zurück und betragen im Jahre 1930/31 nur 6,4 Millionen M. Der Rückgang um 900 000 M in Jahresfrist läßt darauf schließen, daß die Belegschaft sich stärker verringert hat. Rechenmäßig kommt eine Verringerung um rund 11 vH heraus. Da aber die Höhe der sozialen Beiträge, zum Beispiel der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, während des Jahres geschwankt haben, darf man annehmen, daß beim Klöckner-Konzern zum mindesten eine Verminderung um 15 vH vorliegt. Das entspricht auch dem Rückgang der rheinisch-westfälischen Bergarbeiterchaft, deren Stand sich von Mitte 1930 bis Mitte 1931 von 308 000 auf 256 000 verminderte.

Die Höhe der sozialen Beiträge gestattet auch Schlüsse auf das effektive Einkommen und auf die wirklichen Lohnkürzungen. Wenn man sich nun an den Bergarbeiterlohn halten will, liegt im Laufe des Geschäftsjahres eine Verminderung der Tariflöhne um 6 vH vor. Nach der Verringerung der sozialen Beiträge ist aber der Rückgang weit schärfer gewesen. Durch Druck auf die Akkordlöhne, durch Feierschichten und Kurzarbeit hat die Arbeiterschaft ganz ungeheure Lohnverluste erlitten. Die Arbeiterschaft hat die Krise in der Schwerindustrie in Form von Belegschaftsverminderung und Lohnkürzungen zu tragen.

Andererseits verdient in der Klöcknerbilanz der Posten Anleihezinsen Beachtung. Die Anleihezinsen waren für das vorige Jahr mit 3,37 Millionen angegeben. In diesem Jahr machen sie 3,33 Millionen M aus. Während Löhne und soziale Lasten sich als stark elastisch erwiesen, sind die fixen Kosten, zu denen ja die Anleihezinsen gehören, äußerst starr. Es ergibt sich die Notwendigkeit, der Frage der Selbstkostensenkung von der Kapitalseite an den Leib zu gehen, nachdem es sich herausgestellt hat, daß eine hinreichende Selbstkostensenkung allein durch die Löhne nicht zu erzielen ist.

In übrigen ist der Schwerindustrie nach der Klöcknerbilanz auch die gegenwärtige Regelung unserer Kohlenwirtschaft zugute gekommen. Nach dieser Regelung hat die Schwerindustrie Preisschutz. Nun liegen die Dinge zum Beispiel für die Kohlenindustrie ja so, daß die Werke bzw. das rheinisch-westfälische Syndikat nicht den festgesetzten Kohlenpreis erhalten. Die wirklichen Erlöse müssen, weil die Kohle in das bestrittene Gebiet billiger abgegeben wird, unter den festgesetzten Preisen liegen. Die Entwicklung in der Schwerindustrie beweist aber, daß die Schwerindustrie heute noch Gesamterlöse erzielt, die sich sicherlich beträchtlich über dem Stand von 1913 bewegen. Man kann annehmen, daß zum Beispiel der Gesamtkohlenpreis heute noch um annähernd 15 vH über Friedensstand liegt.

Der gesamte Betriebsüberschuß wird bei Klöckner mit 23,66 Millionen M angegeben gegen 35,28 Millionen M im Jahre 1929/30 und seinem Hochstand von 37 Millionen M im Jahre 1928/29. Bringt man die sozialen Lasten, die Steuern und Anleihezinsen im Betrage von 16,11 Millionen M in Abzug (im Vorjahr 18,46 Millionen M), dann verbleibt ein Rohgewinn von 7,92 Millionen M gegen 17,20 Millionen M im Vorjahr. Die Abschreibungen sind auf 7,92 Millionen M festgesetzt worden, zehren also den Rohgewinn glatt auf. Die Abschreibungen be-

trugen im Jahre 1926/27 rund 8 Millionen M, erreichten ihren Höhepunkt im Vorjahr mit 10,35 Millionen M. Für die Verminderung der Abschreibungen liegen sachliche Gründe vor. Wenn man diese Gründe in Betracht zieht, kommt man zu dem Schluß, daß die Abschreibungen bei Klöckner immer noch hoch liegen. Als Reingewinn sind bei einem Gewinnvortrag in Höhe von 383 000 M aus dem Vorjahr 4900 M ausgewiesen worden, die auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Tochtergesellschaft des Klöckner-Konzerns, die Humboldt-Deutz-Motoren AG in Köln, erzielte einen Betriebsüberschuß von 7,031 Millionen M. Soziale Lasten machen 3,16 Millionen M aus, Steuern erfordern 1,79 Millionen M. Damit ergibt sich ein Rohgewinn von 2,6 Millionen M. Die Abschreibungen sind auf 2,04 Millionen M festgesetzt worden. Mithin verbleibt ein Reingewinn von 19 000 M, der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Zwischen Sechs- und Siebenstundentag

Das Institut für Konjunkturforschung hat die tägliche Arbeitszeit festgestellt. Das Resultat ist, daß im August 1931 in der deutschen Industrie und im Handwerk im Durchschnitt 6,97 Stunden je Tag gearbeitet wurde. Wenn man die letzten vier Jahre betrachtet, so betrug die Arbeitszeit im August 1928 7,63 im August 1929 7,72, im August 1930 7,28 und im August 1931 6,97 Stunden je Tag. In den Produktionsmittelindustrien beträgt die Arbeitszeit im August d. J. 7,02 und in den Verbrauchsgüterindustrien 6,90 Stunden. Wenn wir die einzelnen Industrien durchgehen, so wurde eine durchschnittliche Arbeitszeit festgestellt: Grobisenindustrie 7,01, Metallhütten und Walzwerke 6,91, Maschinenbau 7,03, Elektrotechnik 6,33, Fahrzeugbau 6,56, Bauwirtschaft 7,60, Textilindustrie 6,77, Industrien für Hausrat und Wohnbedarf 7,10, Industrien für Kultur- und Luxusbedarf 6,29, Nahrungsmittelindustrie 7,30, und Genußmittelindustrie 6,52 Stunden.

Zwischen den einzelnen Industrien bestehen immerhin sehr wesentliche Unterschiede. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 6,29 und 7,30 Stunden je Tag. Das Konjunkturinstitut fügt ergänzend hinzu, daß in der Mehrzahl der Branchen im August weniger als sieben Stunden je Tag gearbeitet wurde. In einzelnen Industriezweigen (Kraft- und Bereifungsindustrie, Feinmechanik und Optik, in der Herstellung von Aluminiumwaren, Alpkabestecken, Uhren und Pianos) betrug die tägliche Arbeitszeit sogar weniger als sechs Stunden. Die Arbeitszeit wurde also schon bereits sehr wesentlich verkürzt. In vielen Branchen ist die 40-Stunden-Woche nicht nur erreicht, sondern teilweise erheblich unterschritten.

Verhindert den Krieg!

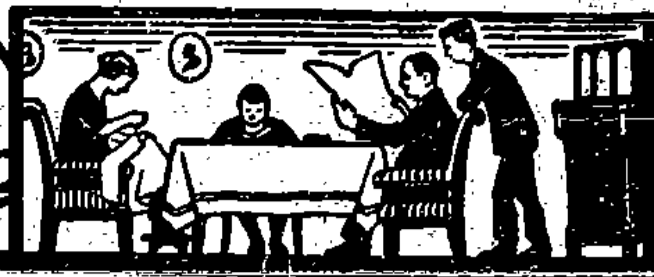
Ein Aufruf der Transportarbeiter-Internationale

Die Transportarbeiter-Internationale erließ einen Aufruf an alle angeschlossenen Verbände, in dem sie unter Hinweis auf die drohende Kriegsgefahr die ihr angeschlossenen Organisationen auf die Beschlüsse der früheren Kongresse verweist, wonach diese verpflichtet sind, die Menschheit mit allen Mitteln vor neuen Metzeleien zu bewahren.

Gleichzeitig werden die Verbände zur scharfen Überwachung aller Transporte von Kriegsmaterial und zur eventuellen Einstellung dieser Transporte aufgefordert, sobald sich zeigt, daß die mit irgendeiner Kriegsvorbereitung in Zusammenhang stehen-



Familie und Heim



Hab' ich mir erzählt

Wenn die Bäume abblättern und der Wind schärfer weht,
wenn die Beene uns frieren, wenn man länger wo steht,
wenn die Neese uns ausläuft, weil der Schnupfen uns quält,
dann wird's wieder Winter, hat ein Dichter erzählt. —

Wenn uns Deutschen in Rußland ein Vorbild beständ'
und wir hätten bloß einen, der's wie Stalinchen könnt';
dem wär'n wir ergeben, den hätt'n wir gewählt,
dann ging's uns vergnüglich, hat ein Kozi erzählt.

Wenn wir „Heil“ würden heulen und bräunlich behemd't
mehr Haltung uns geben, wenn ein Prinzenmensch kömmt,
wenn wir Hitler verehrten, dem das Deutsche zwar fehlt,
dann hätt'n wir den Frieden, hat ein Nazi erzählt.

Wenn Herr Hugenberg könnte, dann nüm' der sich Schacht,
der stürzte die Währung und 's Geschäft wär' gemacht.
Wir wär'n aus dem Schwindel, unsre Not wär' geheilt;
was brauchen wir Moneten, hat ein Schlaukopp erzählt.

Wenn alle verständig die Zeit sich beseh'n
und jeder hat Willen, dem Freund beizusteh'n;
wenn alle erhaben, da helfen, wo's fehlt,
ist Deutschland die Not los, hab' ich mir erzählt. Wauwau.

Von der Arbeiterwohlfahrt

Solange es eine organisierte Arbeiterschaft gibt, gibt es auch eine eigene Selbsthilfe der Arbeiterschaft. Die Formen dieser gegenseitigen Hilfe sind verschieden. Sie mußten sich den gegebenen Verhältnissen anpassen. Nach der Revolution von 1918 setzte die soziale Fürsorge des Staates ein. Sie konnte aber die freie Wohlfahrtspflege nicht überflüssig machen — im Gegenteil. Die freie Wohlfahrtspflege verstand es sehr fein, ein Aufgabengebiet nach dem andern ihrem Einfluß zu unterwerfen. 1919 erwuchs aus der Kinderschutzkommission die neue Form der Selbsthilfe der sozialistischen Arbeiterschaft: die Arbeiterwohlfahrt.

Das Ziel der Arbeiterwohlfahrt ist letzten Endes die Beseitigung der Arbeiterwohlfahrt. Heute ist das Vorhandensein der Arbeiterwohlfahrt noch eine bittere Notwendigkeit. Das Jahrbuch der Arbeiterwohlfahrt für 1930 zeigt dies sehr deutlich. Man begreift die Größe der geleisteten Arbeit für die Arbeiterschaft erst so recht, sieht man sich einmal die Zahlen dieses Berichtes an.

In 2300 Ortsausschüssen leisten 114 000 Mitarbeiter soziale Arbeit, geleitet von ihrer sozialistischen Gesinnung. Eine gute soziale Arbeit hat aber zur Voraussetzung eine gute Schulung. Die Arbeiterwohlfahrt hat immer versucht, diesen Grundsatz weitgehendst zu verwirklichen. In 16 016 Veranstaltungen mit 540 003 Teilnehmern wurde eine geradezu vorbildliche Schulungsarbeit geleistet.

An Beratungsstellen bestanden Ende 1930 1250, die Zahl der Beratungen beträgt 153 000. Für die tägliche Kleinarbeit sind die Nähstuben von besonderer Bedeutung. Vorhanden waren Ende 1930 744 Nähstuben mit 2050 Nähmaschinen. 350 Ortsausschüsse führten 1930 Kurse für erwerbslose Jugendliche durch.

In der jetzigen Notzeit sind es besonders die Kinder der arbeitenden Bevölkerung, die darben. Aus diesem Grunde hat die Arbeiterwohlfahrt in besonderem Maße und planmäßig die örtliche Erholungsfürsorge ausgebaut. Durch Ganztags- und Halbtagsfürsorge sowie durch Ferienwanderungen wurden 127 600 Arbeiterkinder erfaßt und betreut. Weniger stark entwickelt ist der Kinderaustausch. Immerhin berichten für 1930 bereits 29 Ortsausschüsse, die 664 Kinder erfaßten. In Erholungsheimen entsandten 103 Ortsausschüsse 5151 Kinder.

In der Schwangeren- und Säuglingsfürsorge stieg die Zahl der vorhandenen Säuglingskörbe von 636 auf 650, die Zahl der Ausleihungen von 1209 auf 2060 Fälle. Eine

gesteigerte Inanspruchnahme ist auch in der Hauspflege zu verzeichnen. Von den 960 berichtenden Ortsausschüssen wurden 15 000 Fälle betreut.

Beachtenswert ist noch die Zusammensetzung der Mitarbeiter-schaft. Im Reichsdurchschnitt setzt sich die Mitarbeiter-schaft aus 68 400 Frauen und 45 600 Männern zusammen.

Aus all diesen Zahlen ist zu sehen, welche Fülle sozialer Hilfe in mühsamer Kleinarbeit geleistet worden ist und noch zu leisten sein wird. Die täglich steigende Not bringt es mit sich, daß die an die Arbeiterwohlfahrt gestellten Anforderungen von Tag zu Tag steigen. Eine Unterstützung der Arbeiterwohlfahrt sollte daher unser aller Aufgabe sein.

Robert Schölz.

Die Kluft

Da lebt in England eine Frau, die dem britischen Parlament als Mitglied der englischen Arbeiterpartei angehört. Diese Frau heißt Ellen Wilkinson und schrieb einen Roman „Die Kluft“, der von Otto Albrecht von Bebbler ins Deutsche übertragen worden ist und den die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, für ihre Mitglieder zum Preise von 3 M herausgebracht hat. Es ist ein Buch, das unbedingt Aufmerksamkeit verdient, das jeder Sozialist gelesen haben müßte, das besonders die Frauen angeht, und darum möchte ich gerade den Frauen sagen: Lest dieses Buch!

Wir bekommen Einblick in das Leben einer jungen Gewerkschaftsfunktionärin der Arbeiterbewegung in England. Dort genau wie hier die große Not der Arbeiterklasse. Wir nehmen an Geschehnissen teil, die Englands modernen Klassenkampf charakterisieren. Wir hören Äußerungen des Ministerpräsidenten Mr. Baldwin und der Kabinettsmitglieder Mr. Churchill und Lord Birkenhead, die einem amtlichen Bericht entnommen sein sollen. Auch die in der Gedächtnishalle gehaltenen Reden der Arbeiterführer sollen wortgetreu angeführt sein. Jetzt bitte keine Angst! Ellen Wilkinson belästigt euch nicht mit trockenen politischen Berichten. Was sie ausdrücken will, gibt sie in einer geschlossenen Handlung kund. Tief empfunden, hinreißend und bezeichnend. Durch Joan — das ist die junge Gewerkschaftsfunktionärin und Romanheldin — sehen wir den krassen Gegensatz zwischen dem Elend der Bergarbeiter und den Salons der „vornehmen“ Damen der Gesellschaft. Rein gefühlsmäßig stellt sie sich auf die Seite der unterdrückten Arbeiterklasse. Sie behält dabei immer einen kühlen Kopf und ein warmes Herz. Die junge Joan ist begeistert von ihrem guten Willen, jede Rücksichtnahme wird beiseite geschleudert. Sie schildert die großen und kleinen Tragödien der Arbeiterfrauen. Von dem großen Elend ergriffen, bricht sie in die feurigen Worte aus:

Wo unter Tage die Erde birst,
Sind wir lebendig für euch begraben.
Und wo ein Wrack im Sturme treibt,
Mit uns als Mannschaft ist es beladen.
Wo Webstuhlfron die Knochen bricht,
Wo Lungen frisst der gift'gen Schwaden Glut:
Für euren Reichtum zahlten wir den Preis
Mit unserem Blut!

Unendlich schwer fällt es ihr, den geliebten Mann zu lassen. Sie tut es aber doch, weil er sich in der bürgerlichen Gesellschaft, diesen „nackten, dick gepuderten Rücken, diesen Gentlemen, die über den Kurs vom Pfund Sterling debattieren, während man in Whitechapel über den Kurs von einem Pfunde Brot diskutiert“, wohlfühlt. Die große Kluft tut sich auf. Die Kluft, über die es keine Brücke gibt. Und Joan reißt zu dem heiligen Entschluß heran, sich ganz und gar auf die Seite der ausgebeuteten Arbeiter zu stellen, fest im Ring zu bleiben und keine Seitensprünge mehr in die Logen zu unternehmen. Sie kommt zu der klaren Erkenntnis, daß man nicht im Luxus leben und sich anmaßen kann, trotzdem die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Ihr Arbeiterfrauen, die ihr zerrissen und zerspalten ins Ungewisse taumelt, bleibt im Ring! Ihr gehört zusammen! Ruco.

Beim Boxkampf

Ein Negerboxer mußte mit einem anderen Meisterboxer kämpfen. Als er in den Ring trat, ließ er den Kopf hängen. „Es wird schon alles gut gehen!“ redete ihm sein Manager zu. „Du mußt nur immer zu dir selbst sagen: Ich will ihn schlagen...“ und dann wirst du auch siegen!“ „Das würde nicht gut sein, Herr“, erwiderte Sambo. „Ich weiß, was für ein Lügner ich bin.“

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1930

XXXV.

Marie erhält bestätigt: Die Mädchen und Frauen hier, Eintänzerinnen, Kokotten, neimliche Verdiennerinnen, Bardamen, sind nicht „anständig“ nach bürgerlichen Begriffen, aber anständig sind sie im Geben und Sichverhalten. Das ist sonderbar!

Verwunderlich ist auch das: Marie ist sofort ihre Vertraute. Man scheint sich nicht darum zu kümmern, daß sie erst wenige Nächte da ist. Sie ist eben da, letzte Frau und letzte Zufucht. Man kommt mit den dümmsten Beichten zu ihr und mit den intimsten Geständnissen.

Marie hört sich das an und nickt zu allem. Schweigend. Oder nur: Jaja! oder Neinnein! Klug von ihr. Weiß Marie, daß man ja auch gar keinen Wert darauf legt, daß sie antwortet, daß man überhaupt keine Antwort von ihr will? Sie soll nur da sein. Und sie ist da.

Von abends acht bis drei Uhr früh. Jetzt schon die vierzehnte Nacht. Und es ist wirklich eine Chance, die nicht getrogen hat. Marie hat für ihr Teil jetzt schon hundertdreißig Mark erbeutet. Viel Geld, soviel Geld, daß es sich lohnt, hier zu stehen in dieser sonderbaren Welt.

Marie tut ihre Arbeit: Ernst und hemmunglos, so wie sie bisher noch jede Arbeit getan hat. Wenig Zeit, sich mit anderem zu beschäftigen, sich um anderes zu bekümmern, gut so, das läßt auch die schwarzen Gedanken nicht zu ihrem verwirrenden Spiele frei. Hätte Marie nicht mit einem Fünfminutenblick, betäubenden Blick, einmal zufällig durch eine Hintertür in den Ballsaal das Leben dort erfaßt, sie wüßte nicht, was — nur durch wenige Wände von ihr getrennt — um sie vorgeht.

Was kümmert das schon Marie, daß dort Sekt, teurer Sekt, tausendfaches getrunken wird, daß man durch Tischtelefone diskret Verführungen und Ehebrüche verabredet, daß man durch Rohrpost die Vorbereitungen für die kommende Nacht der Erfüllung oder Enttäuschung inszeniert, daß man sich herumwirbelt mit geschlossenen Augen in losgelösten Körpern über kostbarstes Parkett, daß Posannen schmettern

und Saxophone stöhnen und Geigen wimmern, und müde, doch rasende Hände über fleckige Flügeltaeten hetzen, daß man trunkselig stammelnd um Mitternacht dummes, zerstörendes Spiel mit Papierkugeln, Kinderrasseln, platzenden Luftballonen, Fächern und Konfetti betreibt.

Marie tut ihre Arbeit, widerstandslos und hemmunglos. Die Wände sind schalldicht. Nur wenn die Tür sich öffnet, dringt sprunghaft eine Lärmwolke des Durcheinander in den Waschraum, wo Marie griffbereit und hartnäckig Groschen auf Groschen erbeutet. Jetzt schon vierzehn Nächte lang.

Oh, es lohnt sich. Einige Jahre so und Marie wird wieder träumen. Vielleicht von einem kleinen Konfitürenladen oder einem Papiergeschäft, oder von einem Blumenladen, was weiß Marie!

Jetzt darf nicht geträumt werden. Jetzt ist anderes wichtiger und bedrohlich.

Marie hat immer noch keine Nachricht von dem Armenarzt. Er hat versprochen, zu schreiben. Marie weiß, daß sie auf sein Wort sich verlassen kann. Er hat auch gesagt, daß es gut vierzehn Tage dauern könne. Aber nun sind es schon drei Wochen. Warum schreibt er nicht, warum schreibt er nicht? Das geht in Maries Kopf herum. Das Kind wächst doch, wächst mit jedem Tage! Es muß doch etwas getan werden! Marie beschließt, nochmals selbst bei dem Arzt nachzufragen.

Vormittag noch. Marie rechnet nach. Sie hat jetzt Zeit, sie könnte gut jetzt hingehen. Das wird sie beruhigen, so oder so. Er wird sie schon beruhigen. So macht sie sich auf den Weg. Langt an. Steigt die Treppe hoch.

Der Portier ruft zurück: Wohin sie will? Marie gibt Antwort. Da blickt der Portier zwischen Stufenbohnern und Staubwischen kopfschüttelnd auf.

„Na, wissense denn nicht? Der is doch dot. Is doch seit ner Woche schon begraben! Nee, zu dem könnense mich mehr. Der is alle.“

Da steht Marie. Fassungslos, jähes Säusen im Kopf, überfallendes Pfeifen in den Ohren, krelsende Farbflächen vor den weit aufgerissenen Augen, Zittern jetzt in den Kniekehlen, Lähmung in den Knochen, im Hirn und im Herzen.

Schnell springt der überraschte Mann vor, wirft noch rechtzeitig die Arme hoch, fängt Marie in ihnen auf: „Hoppla, fallense nich, Frau! Na wat denn, wat denn! Ruhe, Frauchen, machense keen Unsinn!“

Marie schwankt, kämpft sichtlich und schwer zwischen Ohnmacht und Sichhalten. Endlich! Vorsichtig kann der Portier seine Arme lockern. Marie steht.

Der Portier schüttelt sich: „Det war'n Schreck, na, ick danke. Donnerwetternochmal. Det ihh det so nahjeht. Donnerwetternochmal, hätt ick det jewußt, denn wär ick — — det konnt man doch nich ahnen, nich wahr?“

Marie nickt schwach lächelnd ab. Noch kann sie nicht klar Gedanken erfassen. Aber sie bemüht sich. Kurz fragt sie. Geschwätzig gibt der Portier Auskunft.

„Hat sich anjesteckt. Keen Wunder bei der Kundschaft Wat da allens hierher kam, na, ick könnt ihn erzählen. Und mit wat die Leute kamen! Konnten kaum noch kriechen, aber hierher mußtense. Na, schließlich, wohin hättense ooch anders sollen? Ja, hat sich so anjesteckt, Grippe, wissense. Hat sich abends hinjelegt, haben noch'n Kollegen von ihm jeholt, der hat ooch jesagt: anjesteckt, hatte schon so an Vierzig Fieber. Am anderen Tag habense ihn schon abjeholt mit'm Wagen. Lungentzündung. Un' am anderen Tag war't schon alle. Ja, det jeht heut schnell, det mit'm Dotsein, verflucht schnell jeht det heut, wissense. Tempo, sagen de Leute, Tempo. Na, ick danke für't Tempo.“

Damit ist der Fall für ihn erledigt. Jetzt sind die Treppentufen wieder wichtiger, fünf Stockwerk Treppentufen sind auch keine leichte Sache, krümelt er.

Marie fragt noch, ob denn die Frau des Arztes nicht oben sei? Marie sagt sich: Vielleicht hat er ihr etwas gesagt, ihr einen Bescheid hinterlassen? Der Portier winkt ab: „Die is fort. Zu Verwandten unten im Rheinischen irgendwo. Die weß von nischt. Die is erledigt. Janz konfus, liebe Frau. Ja, det is so! Schwere Sache det, hier mit dem Tempo un'soweter!“

Marie wendet sich um. Hoffnungslos. Und geht.

Schlimmer Nachhauseweg. Immer dieser verfluchte Gedanke: Jetzt ist alles wieder soweit, wie es vorher war! Nur das Kind ist gewachsen. Dieses verfluchte Kind da im Leibe. Ist gewachsen. Und wächst weiter. Von Tag zu Tag.

Marie ist erledigt, als sie zu Hause ankommt. Bitter lächelnd sagt sie sich: Konfus wie die Doktorsfrau!

Dieses Warten ist furchtbar. Dieses Warten auf einen Fingerzeig, der einen Weg zeigen soll. Was soll Marie tun? Mit wem soll sie sprechen, wen hat sie? Trude, die Freundin? Wird die, strahlende Mutter und glückliche Frau, Marie verstehen können? Und wenn schon, wird sie ihr helfen können? Kaum! Was also bleibt anderes übrig, als zu warten. Und weiter zu grübeln. Obschon das Warten furchtbar ist und das Grübeln fast sinnverwirrend!

Inzwischen wächst das Kind. Wächst von Tag zu Tag. Schlimmer als schlimm, das zu wissen, förmlich zu fühlen, spürbar zu erleben. Wächst von Tag zu Tag und in gleichem Maße die Drohung!

Zu Hause sieht es traurig aus. Das ewige Suchen und Grübeln macht so müde, so lustlos. Die Arbeit macht es weniger, das Grübeln tut es. Marie kümmert sich fast nicht mehr um die Wohnung, kaum, daß sie sich dazu aufrafft, das Essen zu machen.

Jetzt hat Trude es schwer. Kommt sie aus der Schule, dann hat sie alle Hände voll zu tun, die Wohnung in Ordnung zu bringen, einzuholen und für Fritz zu sorgen, der mit seinen drei Jahren immerhin noch eine beachtenswerte Last ist.

Die Kinder sitzen geduckt und gedrückt herum. Sie wagen kaum zu sprechen, flüsternd machen sie ihre Schularbeiten. Marie weiß längst, daß sie froh sind, wenn sie mit guter Ausrede heraus können aus der bedrückenden, lustlosen Wohnung. Marie weiß es und versteht es. Die Kinder verstehen sie ja nicht, können sie nicht verstehen, können noch nicht einmal ahnen, was über ihnen allen droht. Wie sollen sie da verzeihen und trösten? Kinder können grausam sein, sich selbst unbewußt kleinlich, grausam. Manchmal fragt Marie schmerzhaft verbittert: Was müßten sie tun, wenn sie das wüßten? Wie ich sie doch lieb habe und nur für sie lebe, immer nur für sie gelebt habe!

Das alles ist böse, Böse wie die Zeit, die nichts anderes zu tun hat als zu vergehen. Ohne Fingerzeig und Trost zu verrinnen.

Auch in ihrem Dienst wird der lastende Druck auf Marie offenbar. In den Aufwartestellen schüttelt man die Köpfe: Was hat sie denn nun wieder? Selbst die Kollegin in der Zeitungs-expedition, die Botenfrau, die ihr die Waschraumstelle vermittelt hat, ist offenbar bekümmert über Maries seltsamen Zustand und fragt: Hat sie das nötig, jetzt, wo sie diese feine Sache hat?

Schließlich vertraut sich Marie dieser Frau an, die immer freundlich zu ihr gewesen war. Die hört aufmerksam zu, pfeift schwer durch die zusammengepreßten Lippen und läßt den grauen Kopf bedenklich hin und her pendeln.

„Eine böse Sache das! Gott, oh Gott! Eine schlimme Geschichte! Aber schließlich — man muß doch da einen Ausweg finden. Da gibt es doch Ärzte und so Frauen, nich wahr? Die machen das doch. Das wird doch viel gemacht, natürlich, soll viel Geld kosten, aber — Also, passense mal auf, wartense, ich werd mal rumhören, ich hab da ein paar in der Bekanntschaft, die haben sich das machen lassen. Ich sag Ihnen Bescheid, passense auf, werd schon'n Weg finden.“

Eine Hoffnung wieder, wenn auch nur eine kleine und schwache. Marie hält nicht mehr sehr viel von den Hoffnungen. Doch will sie noch einmal daran glauben.

Auch die Stammkundinnen im Waschraum haben herausgespürt, daß irgend etwas ihre „letzte Frau“ bedrückt. Sie versuchen, das Was zu erkunden. Vergebens. Hier schweigt Marie. Schweigt, lächelt traurig und schüttelt das Kopf. Tut weiter ihre Arbeit und kümmert sich um nichts.

Vier Abende später geschieht das:

Marie hört das Wort „Abtreibung“ und horcht auf. Die Hand, die gerade einer Waschen das Handtuch zuhält, zittert. Wer hat das Wort gesagt? Marie reicht das Handtuch und nähert sich dem großen Längsspiegel. Da stehen drei Mädchen, lachen, plaudern, pudern sich, ziehen Augenbrauen nach, maßen behutsam und geschickt kunstvolles Gebilde der Lippen und plappern in den kurzen, sparsamen Pausen: Jenny, Bardame hier im Hause, Svea, Eintänzerin und angeblich russische Baronessa, Down, eine der anschlussamsten Kokotten, als „guter Kerl“ bekannt.

(Wird fortgesetzt.)



Verbandsleben



Gegen das große Übel

In Nr. 46 der MZ behandelt ein Schriftsatz die Frage: Wie ist die Kluft zu beseitigen? Der Verfasser schlägt vor, durch zeitweises Aussetzen aller Arbeitenden die Möglichkeit zu schaffen, die Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß einzureihen. Diese Anregung wird Widerspruch und Zustimmung finden, ich selbst bin im Prinzip damit einverstanden. Allein, es wird sich bei näherer Prüfung manches anders herauschälen.

Unser Werk ist in den letzten Jahren dazu übergegangen, den Betrieb alljährlich ganz oder teilweise stillzulegen. Früher, bei noch geringer Arbeitslosigkeit, hat die Firma das nicht gewagt, weil bei Beginn der Konjunktur die geschulten Kräfte gefehlt hätten. Jetzt ist das anders. Ganz selten kommt ein Arbeiter woanders unter; die Mehrzahl der Entlassenen steht dem Unternehmen zur Verfügung, wenn es sie benötigt. Die Arbeitslosenversicherung muß die Belegschaft in der stillen Zeit erhalten; das Unkostenkonto der Fabrik wird zu Lasten der Sozialversicherung verringert. Dennoch kann man in den Unternehmerzeitungen oft lesen, nur die Arbeitslosen nützen die Sozialversicherung aus.

Für den Arbeiter haben die wiederkehrenden Stilllegungen allerhand üble Seiten. Nicht nur, daß sich während der Stempelzeit sein Einkommen vermindert. Bei Wiedereintritt sind seine alten Rechte verloren, der Urlaub zum Teufel, er ist gezwungen, wieder mit den Mindestlöhnen anzufangen. Weiter bringt er keine 52 Wochen mehr voll, er wird dann das nächstmal in der Versicherung zurückgestuft, wobei er neuen finanziellen Schaden erleidet. Jedes Jahr bleibt eine Anzahl auf der Strecke, vor allem die älteren Leute, und wenn sie auch 20, 30 Jahre im Betrieb waren, einen Unterschlupf finden sie woanders nicht.

Die Geldverhältnisse mögen hier eine Rolle mitspielen, zumal in Saisonindustrien, die stark dem Modegeschmack unterworfen sind. Ein Beispiel: Eine Fahrzeugfabrik hatte vor Jahren viel auf Lager gearbeitet. Da kam eine Neuheit der Konkurrenz heraus. Die Käufer wandten sich dieser zu. Die Lagerbestände der Firma blieben unverkauft; sie geriet in Schwierigkeiten. Von da an erhielt sie von den Banken nur Kredit, wenn sie Aufträge nachweisen konnte. Dies hat sich auf die Arbeitszeit der Belegschaft ausgewirkt. Drei bis vier Monate im Jahr ist das Werk nun stillgelegt, ebenso lange arbeitet nur eine kleine Anzahl; die Mehrzahl ist froh, wenn sie sechs Monate und damit die Anwartschaft auf die Versicherung zusammenbringt. Einem Teil gelingt das nicht; er kommt aus der Krise nicht heraus. Sollte nun hier ein Teil der Belegschaft anderen Arbeitlosen eine Zeitlang den Platz freimachen, so käme er überhaupt nicht mehr aus der Krisenfürsorge heraus. Damit ist aber wahrhaft keinem gedient.

Um die Tatsache wird man nicht herumkommen, daß bei fortschreitender Technisierung ein wachsender Teil der Arbeitskräfte überflüssig wird, besonders die älteren, die bei dem Hefttempo nicht mehr mithinkommen. Einen Teil wird man wohl nach dem Vorschlag in Nr. 46 der MZ unterbringen, einen anderen Teil aber aus oben geschilderten Gründen nicht.

Meine Ansicht ist nun: Den jüngeren Jahrgängen muß das Vortrecht auf körperliche Arbeit und Anstrengung gelassen werden. Wie verheerend und demoralisierend unfreiwilliger Müßiggang auf junge Menschen wirkt, lehren ganz deutlich unsere Tage. Es ist ein ungesunder Zustand, die Jugend und die besten Kräfte in ihrer Blüte verfallen zu lassen an Leib und Seele. Es wäre angebracht, die älteren Arbeitskräfte mehr und mehr aus dem Produktionsprozeß herauszuziehen, allerdings auf andere Art, wie es in der Gegenwart geschieht. Der Gedanke der Kleinsiedlung vor den Toren der Stadt ist zu erwägen. Ich meine dabei keineswegs, daß die Leute nun ganz Landwirte werden müßten. Heimstätten sollten geschaffen werden, in denen sie sich noch lange nutzbringend betätigen könnten und der Allgemeinheit nicht voll zur Last fallen. Auch in anderer Hinsicht hätte die Sache einen Vorzug. Die heutige, hastige Arbeitsweise ist eintönig, stumpft ab, sie zermüht den Menschen viel früher. Für den Arbeiter wäre es ein guter Ausblick, einen Teil seines Lebens in natürlicher, gesunder Arbeit zu verbringen. Nicht wie heute, wo er gleich einer abgenutzten Maschine kaltblütig ausrangiert wird. Lebensmut und Lebensfreude erhielten dadurch in den Arbeiterkreisen neuen Auftrieb.

Brandenburger Bezirkskonferenz

Nach dem Bericht des Bezirksleiters, Kollegen Miele, ist die Zahl der beschäftigten Metallarbeiter in Betrieben mit 5 und mehr Beschäftigten auf 31 392 zurückgegangen. 1929 waren 41 892 und im Jahre 1928 54 321 beschäftigt. Die Zahl der erfaßten Betriebe ist von 487 im Vorjahre auf 444 zurückgegangen, da 43 Betriebe mit 1129 Beschäftigten dauernd stillgelegt wurden. Die Wirtschaftskrise lastete ausnahmslos auf allen Industriezweigen und führte zum erheblichen Abbau der überflüssigen Akkordverdienste und der Leistungsanlagen. Eine Senkung der Tariflöhne um 5 vH im Durchschnitt erfolgte. Wo das Eingreifen des Verbandes nicht möglich war, ist die Lohnsenkung erheblich höher ausgefallen. Trotz der allgemeinen Krisenlage wehrten sich die Metallarbeiter gegen die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer mit Arbeitsniederlegung, die teilweise Erfolg brachte. Die Bestrebungen der Unternehmer auf Schaffung eines einheitlichen Tarifgebietes für die ostdeutsche Metallindustrie blieben bisher ohne Erfolg. Tarifliche Regelungen konnten in größerem Maße wie in den Vorjahren mit den Handwerksinnungen abgeschlossen werden. Die Mitgliederzahl zeigt eine ungewöhnliche Verminderung auf 28 074. Dabei ist zu beachten, daß 21,3 vH nicht mehr bezugsberechtigte Mitglieder sind und die Zahl der Erwerbslosen in den Verwaltungsstellen 35 vH beträgt. An Unterstützungen wurden 1931 für 2/3 Jahr bisher ausgezahlt 767 385 M., davon allein für Arbeitslosenunterstützung 611 715 M. Die Arbeit unter den Jugendlichen war erfolgreich, was sich auch beim Jugendtreffen 1931 in Ebenweide unter Teilnahme von 46 Jugendlichen zeigte. Vom Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. erfolgte zum ersten Male eine Zuwendung aus dem staatlichen Jugendhilfsfonds. Die Verbandswerbung wurde durch Lichtbildervorträge belebt. Trotz Verdichtungen und Herabsetzung des Verbandes durch die RGO und reaktionärer Kampfabstimmungen des Unternehmens kann von erfolgreicher Arbeit berichtet werden.

Kollege Handke (Berlin) sprach sodann über den DMV im Kampf gegen die Reaktion und seine versteckten Feinde. In eingehender lehrreicher Weise zeigte der Vortragende auf die Ursachen der Krise und die Tätigkeit der Unternehmer sowie die Kampfmaßnahmen der Nazis und RGO gegen die Gewerkschaften hin.

In der Aussprache wählten die Vertreter die Tätigkeit der Verbandsleitungen. Einsetzung angenommen wurde eine Entschädigung, die der Bezirksleitung und den örtlichen Funktionären des Verbandes auspricht und unter Bezugnahme auf den Vortrag des Kollegen Handke zur Mitarbeit für den Verband gegen Reaktion und Spaltungsbestrebungen von rechts und links aufzufordern.

Eine Metallarbeiterin klagt

Einen Einblick in die Lebenshaltung und das Lohnneinkommen einer Metallarbeiterin gewährt nachfolgender Brief:

Werte Kollegin!

Schicke Dir hier eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben von Lohnarbeiterinnen aus unserem Betrieb; wie Du wohl selbst siehst, mußten dabei alle kulturellen Bedürfnisse wegfallen.

Eine Lohnarbeiterin bekommt bei verkürzter Arbeitszeit von 32 1/2 Stunden nach allem Abzug 16 M.

Sie darf ausgeben pro Woche:

ein Brot	0,60 M
Schrippen	0,35 ..
3/4 Pfund Margarine	0,55 ..
für 7 Tage Belag	1,20 ..
Kaffee	0,70 ..
bei der Firma eine Mittagskarte	1,15 ..
für Sonnabend und Sonntag	1,80 ..
Miete	5,— ..
1 1/2 Liter Petroleum	0,54 ..
	11,89 M

Es bleiben 4 M für Wäsche, Kohlen, Freidenker, Verband, Seife, Schuhputz-, Zahncreme, Twist zum Stopfen. Das Geld für Strümpfe und Schuhsohlen muß man sich vom Munde absparen, ein neues Stück anzuschaffen, ist unmöglich. Habe Kolleginnen gesprochen, welche nur ein Paar Strümpfe haben, abends diese waschen und morgens wieder anziehen müssen. Ein nochmaliger Lohnabbau würde uns dem Hunger preisgeben.

Mit kollegialem Gruß

W.

Die Verfechter der sozialen Reaktion sollten diesen wahren Brief einer notleidenden Metallarbeiterin gebührend zur Kenntnis nehmen, damit ihnen der Schrei nach weiterem Lohnabbau im Hals stecken bleibt.

Verändert sich das Krankengeld des Arbeitslosen?

Der § 120 AVAVG bestimmt, daß dem Arbeitslosen während seiner Bezugszeit, wenn er krank wird, nur derjenige Betrag als Krankengeld gewährt werden kann, den er als Arbeitslosenunterstützung erhalten würde, wenn er nicht erkrankt wäre. Erhält zum Beispiel der Arbeitslose die volle Arbeitslosenunterstützung, sagen wir in Höhe von 16 M., ausbezahlt, dann erhält er während der Krankheit ebenfalls ein Krankengeld in Höhe von 16 M.

In zahlreichen Fällen erhalten aber die Unterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge nicht den vollen Betrag der ihnen an sich zustehenden Unterstützung ausbezahlt. Ein solcher Fall tritt zum Beispiel ein, wenn dem Arbeitslosen auf Grund des § 112 AVAVG Nebeneinnahmen, des § 112a AVAVG Renten, des § 112b Einkommensteile der Ehefrau und auf Grund des Artikels 3 der Verordnung über die Krisenfürsorge eigene und das Einkommen der Angehörigen angerechnet werden. So kann es vorkommen, daß der Arbeitslose an Stelle von 16 M. nur noch 10 M. Unterstützung erhält. In einem solchen Fall beträgt natürlich das Krankengeld gemäß § 120 AVAVG auch nur 10 M.

Wird auf die 15 M. betragende Unterstützung 3 M. auf Grund von Nebeneinnahmen angerechnet, so daß nur eine Unterstützung von 12 M. anbezahlt worden ist, dann beträgt trotzdem das Krankengeld nicht 12, sondern 15 M. Besteht hier ein Widerspruch zu § 120? Nein! Während der Krankheit kann der Arbeitslose keiner Nebenbeschäftigung nachgehen und erzielt auch keinen Nebenverdienst.

Noch ein Beispiel: Ein Kru-Empfänger bekäme, wenn ihm das Einkommen seines im gleichen Haushalt lebenden Angehörigen nicht mit 5 M. angerechnet werden würde, 16 M., so aber bekommt er nur 11 M. Als Krankengeld kann er natürlich auch nur 11 M. erhalten. Scheidet aber der Angehörige aus dem gleichen Haushalt aus, kommt eine Anrechnung nicht mehr in Frage. Erfolgt der Austritt aus dem Haushalt während der Krankheit des Arbeitslosen, so muß sich dann, um bei unserem Beispiel zu bleiben, das Krankengeld von 11 auf 16 M. erhöhen.

L. P.

Versäumte Kenntlichmachung im Tarifvertrag

Ein Kläger, der Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist und bei einer Pianofortefabrik gegen einen festen Wochenlohn tätig war, verlangt klagend Zahlung nach den höheren Sätzen des vom Deutschen Holzarbeiter-Verband mit dem Verband der Musikindustriellen, dem die beklagte Arbeitgeberin angehört, abgeschlossenen Lohnabkommens vom 28. August 1928. Die Klage ist in allen Instanzen — Arbeits- und Landesarbeitsgericht Leipzig und Reichsarbeitsgericht — abgewiesen worden. Zur Begründung führte das Reichsarbeitsgericht folgendes aus: Das Lohnabkommen ist auf Arbeitnehmersseite vom Deutschen Holzarbeiter-Verband geschlossen worden. Kläger ist Mitglied nicht des Holzarbeiter-, sondern des Metallarbeiter-Verbandes, zu den „beteiligten Personen“ im Sinne des § 1 Abs. 2 Tarifvertragsverordnung gehörte der Kläger mithin nicht. Zwar war der Holzarbeiter-Verband rechtmäßig in der Lage, kraft Vollmacht anderer Arbeitnehmerverbände den Tarifvertrag auch für deren Angehörige abzuschließen, und es ist festgestellt, daß er gerade vom Metallarbeiter-Verband Auftrag und Vollmacht in diesem Sinne hatte; da dies aber im Tarifvertrag nicht ausdrücklich gesagt werden ist, muß die Klage abgewiesen werden. Ein Tarifvertrag muß schriftlich abgeschlossen sein, daraus folgt, daß der Tarifvertrag die Personen und Personenzverbände oder Vereinigungen bezeichnen muß, die ihn abschließen und für die er gelten soll. Hatte der Metallarbeiter-Verband den Holzarbeiter-Verband auch nur mündlich, formlos oder schriftlich bevollmächtigt, den Tarifvertrag auch für jenen abzuschließen, so könnte der letztere das ihm, aber er mußte dann den Metallarbeiter-Verband als Mitvertrags-schließenden erkennen lassen, das folgt nicht allein aus den Anforderungen der Verkehrssicherheit, sondern — wie gesagt — rechtlich auch aus der Schriftform. Da hier die Kenntlichmachung der Mitbeteiligung versäumt ist, blieben nur die Wege, daß entweder der Einzelarbeitsvertrag unter Bezugnahme auf den Tarifvertrag abgeschlossen ist oder daß der Tarifvertrag für alle vereinbarlich erklärt wird. Beides ist hier nicht der Fall. Reichsgerichtsbriefe (RAG 713/30 — 7. Oktober 1931.)

Vom Vorstand

Telegrammenschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 6. Dezember, ist der 50. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. Dezember 1931 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 6 483 938, lautend auf den Schlosser Kurt Klotz, geb. am 27. Mai 1910 zu Zechau (Meuselwitz).

Mitgliedsbuch Nr. 6 493 581, lautend auf den Schmied Heinrich Meyerholz, geb. am 30. Januar 1897 zu Heppens (Wilhelmshaven-Rüstringen).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Weißwasser in Schlesien: Lokalgeschenk wird nicht mehr bei unserem Kollegen Fiebig, Hermannstraße, ausgezahlt, sondern nur noch durch den Ortsausschuß des ADGB im Büro des Fabrikarbeiter-Verbandes, Volkshaus, Görplitz Straße. Das Aufsuchen unseres Kassierers ist zwecklos.

310 Jubilare in Frankfurt am Main

Unsere Verwaltung in Frankfurt a. M. beging am 15. November die Ehrung von 310 Verbandsjubilaren. Der Kollege Franz Metz vom Vorstand dankte den Jubilaren für die kameradschaftliche Arbeit, die sie der Gewerkschaft geleistet haben. Sie seien lebendige Zeugen für die Aufwärtsentwicklung des Verbandes. Solche Treue und der Wille zur Einheit seien gerade jetzt erforderlich, denn die Arbeiterschaft steht vor schweren Kämpfen. Von den Kommunisten und den Nazis umkämpft, sei der Verband der einzige Schutzwall gegen das Unternehmertum. Wie würde wohl die Lohntüte der Metallarbeiter aussehen, ohne die jahrelange Arbeit des Verbandes und seiner treuen Mitglieder? Der Redner dankte den Frauen, die in den schwersten Krisenzeiten ihre Männer unterstützten und ein stilles Heldentum offenbarten.

Die Rede des Kollegen Metz war umrahmt von künstlerischen Vorträgen. In die Feierstunde dieses Abends klangen die Ergebnisse der hessischen Wahl. Den versammelten Metallarbeitern und ihren Angehörigen wurde das, was die kommende Generation durch einen Kinderchor von der Bühne des Volksbildungshomes gesungen hatte, Parole: Hebt unsere Fahnen in den Wind!

R. E.

Ehrung von Jubilaren in Duisburg

Die deutsche Arbeiterschaft hat heute keine Ursache, rauschende Feste zu feiern. Grau in grau ist die Gegenwart, düster und drohend liegt die Zukunft vor uns. Wo ist Rettung? Wo wäre noch Hoffnung, wenn nicht die Gewerkschaften, das feste Bollwerk der Arbeiterschaft, als straffe Klassenorganisation, als mächtiger Fels im wildtobenden Meer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Wirrnisse und Bitternisse, emporragte? Wer die Zeichen der Zeit versteht, der sieht auch die Lichtblicke, die trotz der schweren Bedrängnis immer wieder von den Gewerkschaften ausstrahlen. Ein solcher Lichtblick war unsere Jubilarehrung. Der Zeit entsprechend, war von einer Feier im großen Rahmen Abstand genommen. Aber auch die schlichte Feier im Büro des DMV wird allen Jubilaren ein Erlebnis von bleibendem Wert sein. 21 alte Kämpfer waren es in diesem Jahre, denen die Ortsverwaltung und der Bezirksleiter, Kollege Wolf, Essen, den Dank für treue, zielbewußte Arbeit im Dienste des Verbandes aussprachen. Prächtige rheinische Gestalten waren es, die den herzlichen Worten des Kollegen Wolf lauschten. 25 Jahre ihres Lebens sind gleichbedeutend mit 25 Jahren schwersten Kampfes. Der Redner erklärte unter aller Zustimmung, auch den Frauen der Jubilare stünde diese Ehrung zu. Stolz hellten sich die Gesichter auf bei der Mitteilung, daß der DMV in den letzten anderthalb Jahren 60 Millionen Mark für Kranken- und Erwerbslosenunterstützung an seine Mitglieder gezahlt habe. Unbegabter Kampfeswille, harte Entschlossenheit spiegelten sich in den Zügen der Anwesenden wider, als Wolf von dem neuen Anschlag der Nordwestherren und des Ruhrbergbaus sprach, die gewillt sind, in den nächsten Tagen 500 000 Metall- und Bergarbeiter auf die Straße zu setzen. Für den DMV gibt es in dieser Stunde kein Nachgeben. Wenn die Herrschaften den Kampf wollen, dann sollen sie auch die Folgen tragen. Auch mit den Streikbrechergarden der Nazis werden die Ruhrarbeiter fertig werden. Der alte, ergraute Kollege muß und wird Schulter an Schulter mit dem jungen Kollegen eine Mauer bilden, die den blindwütigen Ansturm aller Klassenfeinde zuschanden macht.

Eine besondere Note erhielt die Ehrung dadurch, daß der nun ausgeschiedene Kassierer Karl Wilms, der dem Verband seit 1896 angehört, auf eine 25jährige Tätigkeit als Angestellter der Organisation zurückblicken konnte. Auch ihm sprachen Ortsverwaltung und Bezirksleitung ihren besonderen Dank für treue Dienste aus.

F. K., Duisburg.

Schriftenschau

Friedloses Afrika. Ein Buch von Fredrik Parelus. Ernst Zuchner hat den Roman aus dem Norwegische, ins Deutsche übertragen. In Leinen gebunden kostet das Buch 3 M. Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Außer dem Titelroman enthält der vorliegende Band noch die Erzählung „Schwarze Legende“. Der Norweger Fredrik Parelus, der Jahre hindurch im Dienst der belgischen Kolonialverwaltung den Kongo durchstreift hat, gibt uns ergreifende Aufzeichnungen aus dem Innern Afrikas. Ein Weißer wird das dortige Klima nicht lange aushalten, europäische Arbeitsmethoden sind in Afrika ganz untragbar, überhaupt darf kein europäischer Maßstab angelegt werden. Zwar sind Kultur und Zivilisation schon weiter vorgedrungen, aber es bedarf doch noch einer größeren Reform, die die unmenschlichen überlieferten Gewohnheiten beseitigt. Es mutet uns geradezu tragisch an, daß der Verfasser seine schwarze Geliebte zurücklassen muß, weil eben im kultivierten und fortschrittlichen Europa zwischen Schwarz und Weiß noch ein großer Unterschied gemacht wird.

Auf Montage in Rußland

Von einem deutschen Monteur

Die folgende Schilderung von den Arbeiterverhältnissen in einer russischen Stadt, die wir wort- und sinngetreu bringen, stammt von einem unserer Verbandsmitglieder, das kürzlich aus Rußland zurückgekommen ist.

Im Dezember 1930 wurde ich von meiner Firma beauftragt, eine Anzahl größerer Montagen in Rußland vorzunehmen. Als Lohn standen mir nach den Bestimmungen der russischen Regierung zu entweder 5 Gold-dollar, oder 2 Dollar und 8 Rubel, oder 3 Dollar und 6 Rubel. Der Rubel wurde mit 2,16 M. berechnet, der Dollar mit 4,20 M. Es wurde festgelegt, daß mir der Lohn bis auf 2 Dollar in Rußland ausbezahlt würde. Die 2 Dollar sollten in Deutschland zu meiner Verfügung stehen. Diese Maßnahme war geboten, weil es sich — später — unmöglich zeigte, in Rußland alles, was für den Lebensunterhalt eines westeuropäischen Arbeiters notwendig ist, einzukaufen.

Die Einreise machte keine größeren Schwierigkeiten, da alle Paßformalitäten vorher erledigt wurden. Mein erstes Reiseziel war Moskau. Dort mußte ich mich dem sogenannten Elektro-Import vorstellen. Dies ist die Zentrale für alle Montagen in Rußland, besonders aber für alle Maschinenmontagen. Von dieser Stelle aus wurde ich nach Samara in der Nähe des Kaspischen Meeres geschickt, wo ein großes Elektrizitätswerk umgebaut werden sollte.

Ich hatte mich schon in Deutschland so reich mit Nahrungsmitteln versehen, daß ich voraussichtlich bis zu meinem Eintreffen in Samara ausreichen würde. Es gab auch während der ganzen Reise nichts zu kaufen. Abgesehen von Gelegenheitskäufen — Nahrungsmittel — bei Bauern, die ihre Waren an die Züge brachten, aber horrenden Preise dafür verlangten. So kostete 1 Liter Milch 1 Rubel, nach unserem Geld 2,60 M. Ein Stück, etwa ¼ Pfund, Rindfleisch 4 Rubel. Ich führe diese Preise deswegen an, um einen Vergleich mit den Preisen im freien Handel zu ermöglichen. In Samara kostete 1 Liter Milch 40 Kopeken = 1,04 M. Milch wurde allerdings in Samara auch nur im Freihandel verkauft. Ich führe jetzt die Preise der Lebensmittel in Samara an, die außerhalb der staatlichen Kooperative verlangt werden: 1 Liter Milch 1 Rubel, Fleisch war fast nicht zu haben, höchstens manchmal abgekochtes Schweinefleisch für 17 Rubel das Kilo. 1 Kilo Apfel 3 Rubel, 1 Kilo Tomaten 3 Rubel, 1 Bund Radieschen 50 Kopeken, 1 Garten-erdbeere 10 Kopeken, 1 Paar Schuhe 80 bis 100 Rubel, 1 Anzug 200 Rubel, 25 Zigaretten von miserabelster Qualität 1 Rubel 35 Kopeken.

Ich wollte mir einmal ein paar Hemden machen lassen. Zunächst mußte ich mich an das Werk wenden, für das ich die Montage ausführte. Es beauftragte einen Agenten, bei verschiedenen Kooperativen herumzugehen, um zu sehen, ob es Stoffe gab. Er bekam einen minderwertigen Stoff nach ungefähr acht Tagen. Der Agent erhielt dann den Auftrag, eine Schneiderin ausfindig zu machen. Das dauerte acht Tage. Wir wurden dann zu der Schneiderin beordert, um Maß nehmen zu lassen. Alle sieben Monteurs, die Hemden benötigten, fuhren dann während der Arbeitszeit zu dem Laden, damit Maß genommen werden konnte. Die Arbeitszeit wurde bezahlt. Die Anfertigung der 14 Hemden dauerte vier Wochen, so daß wir endlich nach acht Wochen in den Besitz unserer Hemden kamen. Ein Hemd kostete 6 Rubel, nach dortigen Verhältnissen noch sehr billig. Halb solange dauerte die Anfertigung einer Badehose, zu der auch Maß genommen werden mußte. Ich bekam diese Badehose „schon“ nach vier Wochen. — Der Sommer war dann allerdings beinahe vorbei. 1 Paar Schuhe zu bescholen kostete 6 Rubel; darauf mußte ich 14 Tage warten. Das Leder war aber so schlecht, daß die Stiefel nach acht Tagen schon wieder kaputt waren.

Wir waren acht westeuropäische Monteurs von verschiedenen Firmen und wohnten in einem Hotel in Samara. Es liegt in einer der besten Straßen der Stadt, ein zweistöckiges Gebäude und gut eingerichtet. Über die Sauberkeit konnte man sich nicht beklagen. In diesem Hotel waren außer uns deutschen Monteuren etwa 30 deutsche Spezialisten untergebracht. Jedes Zimmer war mit zwei Mann belegt. Wir hatten eiserne Bettstellen, eine Federmatratze, Bettuch und eine in Leinen eingeschlagene Steppdecke. Auch hier ließ die Sauberkeit nichts zu wünschen übrig.

Die Verwalterin des Hotels war eine russische Dame im Alter von etwa 25 Jahren, die von der kommunistischen Partei auf diese Stelle gesetzt war. Die Tätigkeit der Verwalterin verdient alle Anerkennung. Sie hat für uns in wirklich mütterlicher Weise gesorgt, obwohl wir uns mit ihr nicht verständigen konnten. Sie hatte eine mühselige Aufgabe, weil sie für uns das Essen beschaffen mußte. Sie bemühte sich auch, unserem besonderen Geschmack gerecht zu werden, was ihr aber, ohne ihr Verschulden, nicht immer gelang.

In den ersten vier Monaten meiner Anwesenheit in Samara war die Verpflegungsmöglichkeit schwieriger als später. Wir bekamen von der Kooperative je Kopf und Tag ein Brot so viel wir essen wollten, 100 Gramm Butter von guter Qualität, 50 Gramm Zucker, 125 Gramm Rind- oder Hammelfleisch, dazu entweder 100 Gramm Käse oder 100 Gramm Kaviar oder 3 Eier. Selbstverständlich ist Kaviar in Samara keine Delikatesse wie in Deutschland. Auf drei Schnitten Brot wurden uns die 100 Gramm Butter gestrichen; dazu gab's dann entweder Kaviar, Käse oder 3 Eier. Das nahmen wir mit in den Betrieb.

Das Diner nahmen wir abends 6 Uhr im Hotel ein. Da gab's Nudel- oder Reissuppe, dazu die 125 Gramm Fleisch als Braten. Es wechselt n Goulasch, Rindsbraten oder Hackbraten miteinander ab. Wir erhielten später das Recht, uns in der Kooperative, die im Hotel selbst untergebracht und nur für Deutsche bestimmt war, die Nahrungsmittel ohne besondere Anweisung zu kaufen. Wir haben uns dann die Nebenmahlzeiten selbst beschafft.

Zeitungen und Lektüre waren nicht zu beschaffen, außer solcher, die wir uns nachschicken ließen. Deutsche Zeitungen, aber nur von einer bestimmten Richtung, konnten wir uns schicken lassen, so zum Beispiel die Rote Fahne. Mir ist ein Fall bekannt, wo sich einer unserer Kollegen das Berliner Tageblatt schicken ließ. Eine sozialistische Zeitung habe ich nicht gesehen.

Neuerdings beträgt die tägliche Arbeitszeit in Rußland 7 Stunden, die Arbeitsperiode 4 Tage; der 5. Tag ist frei. Sonntage gibt es nicht. Der Lohn eines russischen Maschinenbauers schwankt zwischen 80 und 150 Rubel den Monat; bezahlt wird nach Leistung. Selbstverständlich berichte ich hier nur nach meinen eigenen Erfahrungen. Arbeiter in Spezialfabriken haben die Möglichkeit, noch mehr zu verdienen, weil sie im Akkord arbeiten.

Wir Monteurs waren in einer Baubude und haben uns in einem Eimer gewaschen, der uns gestellt wurde. Für die russischen Arbeiter war keine Waschgelegenheit vorhanden. Ich spreche hier natürlich von dem Neubau, auf dem ich beschäftigt war. Wir deutschen Monteurs arbeiteten auf unserem Fabrikneubau fünf Tage in der Woche und täglich 8 Stunden. Selbstverständlich galt diese Arbeitszeit auch für unsere russischen Hilfsarbeiter. Der Verkehr zwischen uns und unseren russischen Arbeitsbrüdern war sehr anständig. Wir haben niemals irgendwelche Anzeichen von Neid oder Rassenhaß bemerkt. Wir hatten als Vorgesetzte zwei russische Ingenieure und einen russischen Direktor. Der Verkehr mit diesen Leuten war schwieriger. Die beiden Ingenieure hatten nicht viel praktische Erfahrung, und es war außerordentlich schwer, die rechten Formen für die Zusammenarbeit zu finden. Unseren Vorschlägen auf praktisches Arbeiten und größeren Arbeitsertrag waren sie manchmal merkwürdig unzugänglich. In Rußland ist überhaupt der Verkehr zwischen Vorgesetzten und Arbeitern menschlicher als bei uns. Man hat nicht so viel Aufpasser wie in Deutschland.

In den russischen Fabriken sind für die Arbeiter besondere Küchen, wo ein Mittagessen für 30 Kopeken hergestellt wird. Das war auch auf unserer Baustelle der Fall. Den Russen schmeckte es ganz gut, wie ich beobachten konnte. Die übrigen Mahlzeiten bestanden immer aus Brot, selten gabs Fleisch. Brot gab es genug. Es wurde mir aber immer versichert, daß die russischen Arbeiter jetzt um 100 vH besser lebten als vor dem Kriege. Dagegen ist die Lebenshaltung der „sogenannten besseren Schichten“ ganz bedeutend herabgesetzt worden.

Ich habe häufig Gelegenheit gehabt, russische Arbeiterwohnungen zu sehen. Die Wohnung bestand für eine Familie mit 3 Kindern aus einem Zimmer, in dem 3 Bettstellen standen. Gekocht wurde nur auf Petroleumkochapparaten. Die Öfen werden nur zum Heizen benutzt. Küchen sind nicht üblich. Das Essen in der Fabrik reicht nicht ganz aus, infolgedessen wird hinzugekocht.

Ein Tag im Arbeitsamt

Immer dasselbe Lied: Neue Hoffnungen — neue Enttäuschungen

Tausende kommen und gehen. Tausende tragen das gleiche Aussehen, die gleiche Karte, den gleichen Hunger, die gleiche Sehnsucht: Arbeit! — — —

7 Uhr morgens. In den Büros werden die letzten Vorbereitungen getroffen. Stempel werden gestellt, Formulare erneuert, Gelder gezahlt, Zahlbogen geordnet. Die am Vortag nicht besetzten offenen Stellen werden im zwischenbezirklichen Ausgleich telephonisch weitergegeben.

Der Anruf eines Unternehmers setzt die Vermittler in Bewegung. Zwei Maurer, zehn Arbeiter, eine Waschfrau werden angefordert. Pendelkarten werden nachgesehen, geeignete ausgewählt, Zuweisungskarten werden ausgeschrieben und die Arbeitssuchenden bestellt. Inzwischen staut sich vor den Toren des Amtes die Menge. Es ist Zeit, die Pforten zu öffnen.

8 Uhr. Das Knäuel der Menschen entwirrt sich in den Gängen des Amtes. Die „Erstmaligen“ entziffern den Wegweiser oder bestimmen die Pforten, die „Langfristigen“ wissen den Weg. Sie gehen zur Kasse, den Kontrollstellen, zur Versicherung oder zu den Vermittlern. Es ist immer derselbe Gang, immer die gleiche Hoffnung, bis endlich an einem Tage der Vermittler ihnen eröffnet: „Es gibt Arbeit!“

Die „Erstmaligen“ sitzen in den Warterräumen, bis ein Zeichen sie verständigt: „Eintreten.“ Die Vormerkung beginnt. Name, Wohnort, Straße, Beruf, Spezialkenntnisse, Krankheiten, letzte Arbeitsstellen, alles wird sorgfältig registriert. Das Berufschicksal wird erforscht, Pendelkarten ausgezeichnet, Antragsformulare, Merkblatt ausgehändigt und der Arbeitslose rechtsbelehrt über die Folgen der Arbeitsverweigerung. Dabei ist eine Viertelstunde verstrichen, und der nächste kommt an die Reihe. Zwischen durch rasselt das Telefon, Aufträge werden erteilt, Arbeitgeber kommen, Auskünfte werden gegeben, und die Zeitspannen zwischen den Abzufertigenden verschieben sich beträchtlich. Vereinzelt werden ungeduldig und müssen beruhigt werden. Alle werden abgefertigt.

Es gibt keine Pause. Es wird Mittag, es wird zwei, drei, ja an manchen Tagen noch später, ehe der Ansturm beseitigt ist.

Meldekontrolle. Eine endlose Schlange harret der Abfertigung. Zuweilen unterbricht eine Frage das eintönige Aufschlagen des Stempels. Scharf beobachten die Augen des Angestellten. Da — eine Meldekarte ist gefälscht. Betrug? Unterschlagung? Die Karte wird eingezogen, der Abteilungsleiter verständigt und der Tatbestand festgehalten. In ein paar Wochen beschäftigt dieser Fall den Staatsanwalt. Ergebnis: Vollendeter Betrug und Urkundenfälschung in Tateinheit. Sechs Wochen Gefängnis, mildernde Umstände, Bewährungsfrist. Das Schicksal eines Menschen ist besiegelt. Vorbestraft! Lebenslängliche Arbeitslosigkeit!

Auszahlung. Nach Nummern geordnet liegen die Zahlbogen in den Kästen. Die Auszahler zählen die letzten Rollen Silber. Die Zahlung beginnt. Die Kartensieher treten in Tätigkeit, Meldekarten werden ergänzt, Gelegenheitsverdienste berechnet, Quittungen geleistet. Klirrend fallen die Münzen auf Zahlbrett. Endlich klappern die Geldstücke in den Taschen der Arbeitslosen. Draußen warten schon lange die Frauen und Kinder.

Die Wohnungen sind auch rationiert und werden nach der Stärke der Familie verteilt.

Die Arbeiter bekommen jedes halbe Jahr 14 Tage bezahlten Urlaub. Wenn sie erholungsbedürftig sind, werden sie von der Regierung in die Krim, in ehemalige Bäder der russischen Bourgeoisie, verschickt. Wenn ein Arbeiter seinen Arbeitsplatz wechseln will, ohne die Genehmigung der Fabrikleitung zu bekommen, dann wird ihm auf ein halbes Jahr die Lebensmittelkarte entzogen. Außerdem bekommt er während dieses halben Jahres keine Arbeit. Ich habe nie Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß man das System der Zwangsarbeit anwendet. Man wendet dafür den Entzug der Nahrungsmittelkarte an. Es kommt allerdings vor, daß bei Errichtung einer neuen Fabrik in einem bisher noch unbewohnten Gelände Arbeiter gezwungen werden, ihren Wohnsitz dort aufzuschlagen. Sie werden in der Regel nicht gefragt, ob ihnen die Änderung ihres Wohnsitzes behagt oder nicht.

Als meine Montage beendet war, mußte ich wieder nach Moskau. Dort dauerte es zwei Tage, bis die Paßformalitäten erledigt waren. Die Beförderungsverhältnisse auf der Bahn sind nach unseren Anschauungen sehr schlecht. Es ist ein großer Mangel an rollendem Material vorhanden, so daß man unter Umständen vier bis fünf Tage warten muß, bis man eine Fahrkarte erhält. Dabei wird für deutsche Spezialisten und Ingenieure in hervorragender Weise gesorgt, weil ihre Eisenbahnfahrten wegen der Weiterzahlung der Auslösungen viel Geld kosten. Den Russen kann es vorkommen, daß sie sechs bis acht Tage in der Wartehalle kämpieren müssen, bis es dem Vater Staat gelingt, einmal einen Platz zur Weiterfahrt freizubekommen. Für die westeuropäischen Spezialisten wird 2. Klasse berechnet. Unsere Wagen waren sehr sauber und den westeuropäischen Verhältnissen entsprechend eingerichtet. Das kann man von den Wagen, die für die Russen bestimmt sind, nicht sagen. Sie sehen ungefähr aus wie unsere früheren Wagen 4. Klasse mit Holzbänken. Die Leute werden dort zusammengepfercht wie die Schafe.

Ehen können in Rußland sehr leicht geschlossen werden. Man geht einfach mit der Auserkorenen zum Standesbeamten und läßt sich eintragen: Das Ehepaar ist fertig. Die Scheidung ist ebenso einfach. Ist jedoch ein Kind vorhanden, dann wird dem Vater ein Drittel seines Lohnes abgezogen. Das sind die Kosten für die Erziehung des Kindes. Diese übernimmt der Staat. Lohnabzüge werden bis zum Existenzminimum gemacht. Es kommen manchmal auch zwischen westeuropäischen Spezialarbeitern und Russinnen Ehen vor. Einer meiner Kameraden ging mit seiner Braut, einer Russin, zum Standesbeamten, zeigte seinen Paß vor, zahlte 2 Rubel und — war verheiratet. Seinen Wohnsitz schlug er bei seinen russischen Schwiegereltern auf. Da er als Deutscher Anrecht auf eine bessere Verpflegung hat, wurde diese Verpflegung auch seiner russischen Frau gewährt. Später wollte er seinen Vertrag mit der russischen Regierung lösen. Man erlaubte ihm aber nicht, seine Frau nach Deutschland mitzunehmen. Die Leute hatten sich wirklich gern, aber der Frau wurde keine Ausreiseerlaubnis erteilt. Wie diese Affäre zu Ende ging, ist mir nicht bekannt geworden.

Antragsabnahme. Die von den Arbeitslosen ausgefüllten Anträge werden abgenommen, überprüft, geheftet und kommen zur Bearbeitung. Mehr als hundert Gesichtspunkte sind zu beachten. Genaueste Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen Voraussetzung, Rückfragen werden notwendig. Arbeitsbescheinigungen müssen beschafft werden, Angaben sind zweifelhaft, Fälschungen werden entdeckt, und es dauert oft Stunden, bis ein einziger Antrag bearbeitet ist. Gewiß, das sind Ausnahmen, im Durchschnitt reichen 20 Minuten. Sorgfältiges und gewissenhaftes Arbeiten ist erforderlich. Fehlentscheidungen belasten den Spruchausschuß. Unermüdlich muß gearbeitet werden. Alle wissen: hinter jedem Antrag verbirgt sich die Not, die Sorge, die Verzweiflung.

Es ist 3 Uhr. In den Gängen des Amtes ist es stiller geworden. Nur bei den Berufsberatern herrscht noch reger Betrieb. Jungen und Mädchen, Väter und Mütter, alle suchen Rat, Hilfe, Auskunft. Die Eignungsuntersuchungen haben begonnen. Im Sitzungszimmer des Amtes tagt der Spruchausschuß. 30 Einsprüche stehen zur Entscheidung. Sperrfristen, Überzahlungen, Schwarzarbeit, Ordnungsstrafen. — Bétrübte und frohe Gesichter huschen vorüber: „Meinem Einspruch ist stattgegeben, ich erhalte Unterstützung!“ — „Ich muß zur Spruchkammer, die Entscheidung war nicht einstimmig!“ — „Mein Einspruch ist zurückgewiesen!“ — Um 9 Uhr abends fällt die letzte Entscheidung.

Wenn in allen Amtsstuben der Stadt die Lichter erloschen sind, die Räume des Arbeitsamtes sind noch erleuchtet. Sitzungen? Überstunden? Bezahlte? Angeordnete? Freiwillige?

Wofür gibt der Amerikaner sein Geld aus?

Im amerikanischen Staate Ohio besteht eine Kommission für ärztliche Erziehung. Deren Vorsitzender, Dr. Rappleye, gibt jetzt in einer wissenschaftlichen Zeitschrift eine Übersicht über die Kosten der ärztlichen Behandlung in Amerika. Deren Vergleich mit den übrigen Ausgaben des amerikanischen Haushalts ist recht lehrreich.

Für Ärzte gibt der Amerikaner hiernach mit seiner Familie 96 M. jährlich aus. Für Krankenhauspfege betragen die Kosten nur 60 M. Der Zahnarzt erhält von der amerikanischen Durchschnittsfamilie 24 M. Alles in allem zahlt die Familie jährlich für Arzt, Medizin, Pflege, Krankenhaus usw. 320 M.

Während der Arzt in dieser Summe mit 96 M. vertreten ist, gibt die amerikanische Familie für Süßigkeiten im Durchschnitt 148 M. aus. Während die Krankenpflege nur 32 M. erfordert, stellen Seife und Schönheitspflege (Puder, Hautcreme usw.) 60 Mark.

Daß die Lebensführung drüben ganz anders als bei uns ist, zeigt auch der Posten für das Auto, das von der Durchschnittsfamilie jährlich 600 M. verlangt. 148 M. kostet der Posten Benzin, 268 M. der Tabak, Limonade, Eiskreme und Kaugummi sind mit 132 M. veranschlagt.

Durch die Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterschaft wird der Durchschnittsverbrauch heute anders sein, aber die Zahlen beweisen doch, daß der Amerikaner eine andere Lebensauffassung und einen ganz anderen Lebensinhalt hat, als der Durchschnittsdeutsche.

